

Plenum 2: Mit Rio+20 in die Nachhaltigkeit?

ReferentInnen: Letícia Tura (FASE), Thomas Fatheuer (KoBra)

Moderation: Kirsten Bredenbeck

Protokoll: Lena Merle Keller

Kirsten Bredenbeck begrüßt das Publikum und stellt den Ablauf des Plenums vor. Zunächst wird Letícia Tura (FASE) einen kurzen Vortrag „Von Rio92 zu Rio+20“ halten, anschließend gibt es ein Streitgespräch zwischen Letícia Tura und „Dr. T. Fatheuer (Green Energy)“.

Präsentation (Letícia Tura)

Letícia Tura zufolge umfasste die Konferenz der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 drei wichtige und wesentliche Aspekte:

- 1) Die Agenda 21, in der Grundsätze zum Waldschutz festgelegt wurden
- 2) Die Konventionen zu Klima, Wüstenbildung und Biodiversität
- 3) Die sogenannte Erd-Charta, welche einen völkerrechtlich verbindlichen Rahmen für nachhaltige Entwicklung festlegen sollte

Letícia Tura weist jedoch darauf hin, dass v.a. letzterer Aspekt als unverbindliche Deklaration verabschiedet wurde. Generell sei es ein Problem, dass viele soziale, ökologische und wirtschaftliche Herausforderungen auf der Rio-Konferenz 1992 angesprochen, allerdings seither nur wenige davon praktisch angegangen worden seien.

Die Entwicklungen in Brasilien bzgl. dieser Thematik beschreibt die Referentin als durchwachsen. Einerseits sei die Umweltdebatte zwar ein zunehmend öffentliches Thema geworden, was sich zum Beispiel daran erkennen lässt, dass es in Schulen angeschnitten werde. Andererseits sei Umweltpolitik auf der politischen Agenda eher ein Randthema und könne als Nebensache seitens der Regierung und Landespolitik gelten. Auch die meisten sozialen Bewegungen sähen Umweltpolitik nicht als ihr zentrales Thema an.

Trotz der zunehmenden Herausbildung einer globalen Zivilgesellschaft seit Rio 1992 und einer wachsenden Partizipation der Bevölkerung auch an internationalen Foren und Konferenzen, seien wenig solide Ergebnisse erkennbar, so Letícia. Verbindliche Beschlüsse und Konventionen blieben aus, es stehe zu wenig Geld für eine erfolgreiche Umsetzung der (wenigen) Beschlüsse zur Verfügung und es mangle an der tatsächlichen Umsetzung der Beschlüsse vor Ort. Umweltpolitik erliege immer mehr dem Primat der Wirtschaft und mit Ausnahme des Kyoto-Protokolls seien keine bindenden Beschlüsse gefasst worden. Letícia kritisiert ferner, dass sich große „global player“ wie die USA umweltrechtlichen Konventionen gänzlich entziehen und somit keine verbindliche, globale Umweltpolitik möglich sei.

Dies sei auch an den aktuellen Entwicklungen der Rio+20-Konferenz erkennbar: Die Verlängerung des Kyoto-Protokolls sei fraglich, es werden weniger Staatschefs zur Konferenz erscheinen und auch von staatlicher Seite aus werden bisher keine rechtlich verbindlichen Entscheidungen erwartet. Vielmehr solle es von offizieller Seite aus um die sogenannte „Green Economy“, also um die Verbindung von Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung, gehen. Zentrale Themen werden Landwirtschaft, Ozeane, Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit der Städte behandeln. Es soll zusätzlich die Frage gestellt werden, welche Verpflichtungserklärungen umsetzbar erscheinen.

Von zivilgesellschaftlicher Seite aus wird ein Gipfeltreffen der Völker begleitend zur Konferenz geplant. Das Gipfeltreffen, bei dem NGOs, soziale Bewegungen und internationale AktivistInnen zusammen kommen sollen, ist für Juni 2012 geplant, wobei das Treffen bereits im Januar innerhalb eines Sozialforums in Porto Alegre inhaltlich vorbereitet werden wird. Bereits jetzt sind seitens der Zivilgesellschaft verschiedene Forderungen bei dem Vorbereitungskomitee eingegangen, welche vor allem die nachhaltigen Entwicklungsziele neu formulieren, teilweise die Ablösung der Millenniumsziele fordern und

vorschlagen, dass Räte zur nachhaltigen Entwicklung etabliert werden sollten (z.B. im UNEP, United Nations Environment Programme).

Letícia Tura zufolge seien die Vorbereitungsarbeiten insgesamt sehr langwierig, da die sozialen Bewegungen zersplittert bezüglich ihrer Haltung gegenüber des Konzepts der Green Economy seien. Weitere Kritikpunkte sozialer Bewegungen bilden:

- Widersprüchliche Lösungen seitens der Regierungen zur Bewältigung der aktuellen Krise
- Merkantilisierung des Gemeinguts (Natur)
- Zuwachs der (Mega-)Städte
- ungleiche Verteilung des Reichtums und des Zugangs zu natürlichen Ressourcen/Reichtümern
- schwacher öffentlicher Raum

Als Herausforderungen für die Rio+20 Konferenz selbst benennt Letícia Tura die Schwierigkeit der Beeinflussung der internationalen Agenda dahingehend, dass

- soziale und ökologische Themen anstatt wirtschaftlicher Diskussionspunkte ins Zentrum der Debatte gestellt werden
- das Sichtbarmachen von best-practice-Beispielen, die ein anderes Wirtschaftsmodell bereits erfolgreich praktizieren
- die stärkere internationale Verknüpfung und damit verbunden die internationale Netzwerkbildung.

Streitgespräch (Letícia Tura, FASE und „Dr. T. Fatheur, Green Energy“)

Vorbemerkung: In Ermangelung eines Vertreters, der den wirtschaftlichen Ansatz der Green Economy verteidigt, wird dieser als „Dr. T. Fatheur (Green Energy)“ von Thomas Fatheuer gemimt. Die Aussagen des Vertreters sind demnach nicht Thomas Fatheuer zuzuordnen.

Zunächst werden beide seitens der Moderatorin gebeten, Stellung zu dem Bericht der UNEP von 2011 zu beziehen, in dem die Rede von einem Wirtschaftsmodell ist, welches zugleich Wohlstand schaffe und die Risiken einer degradierten Umwelt vermeide.

Während Letícia Tura hervorhebt, dass dem Bericht kein grundsätzlich neues Wirtschaftsmodell zu Grunde liege, sondern weiterhin auf Wirtschaftswachstum als Primat gesetzt werde, betont der Repräsentant von Green Energy die neue Zielsetzung des Wirtschaftsmodells: Soziale Gerechtigkeit und Respekt gegenüber der Natur. Für dieses Ziel solle die Wirtschaft in eine grüne Wirtschaft transformiert werden, wobei *soziale Einbindung* und *geringer Kohlenstoffausstoß* als Schlüsselbegriffe fungieren. Um soziale Gerechtigkeit in Verbindung mit Umweltschutz zu erreichen, brauche es allerdings Wirtschaftswachstum, zum Beispiel, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Letícia Tura sieht allerdings einen weiteren Schwachpunkt in dem Konzept der Green Economy: Zwar werde von Umweltgerechtigkeit gesprochen, aber es werde nicht auf nationale und internationale Ungleichheiten eingegangen und somit bleibe eine Umverteilung des Reichtums außen vor. Armut werde nur dann abgeschafft, wenn Produktions- und Konsumverhalten geändert würden. Um das Wohlergehen einer Bevölkerung zu messen, müssten somit auch andere Indikatoren als das BIP herangezogen werden, d.h. die Beschränkung auf wirtschaftlich messbare Indikatoren müsse aufgebrochen werden.

Die Moderatorin fragt danach, ob die sog. Umweltdienstleistungen (das, was die Natur zur Verfügung stellt), welche im Rahmen des Konzepts der Green Economy bezahlt werden, einen Beitrag zum Schutz der Umwelt liefern können.

Dr. T. Fatheur ist davon überzeugt, dass insbesondere durch den Emissionshandel, also durch das „Verursacherprinzip“, Umweltschutz stattfinden kann, denn hierdurch würde

Unternehmen ein Anreiz geboten, umweltverträglicher zu produzieren. Diejenigen, die die Umwelt zerstören, müssten heute endlich dafür bezahlen, wohingegen früher dieser Prozess ohne Entschädigung stattfinden konnte.

Letícia Tura betont hingegen, dass es ihr bzgl. des Begriffs der Umweltdienstleistungen an einer Subjektsbeziehung mangle, das heißt, dass es nicht nur um Dienstleistungen der Natur, sondern auch um die des Menschen gehen müsse. Es müssten andere Formen von Gerechtigkeit und der Generierung von Reichtum geschaffen und ein Wirtschaftssystem etabliert werden, welches nicht nur auf Wachstum ausgerichtet sei.

Weiterhin kritisiert sie die diffuse brasilianische Rechtslage bezüglich des Zugangsrechts zu Territorien und der autonomen Verwaltung derselben (sowohl für Indigene, als auch für Unternehmen), wobei Dr. T. Fatheur Marktmechanismen besonders für indigene Gemeinschaften als gewolltes Empowerment betrachtet.

Die Moderatorin fordert Letícia Tura dazu auf, den von FASE verwendeten Begriff der *Umweltgerechtigkeit* zu erläutern. Letícia Tura sieht unter dem Begriff eine Synthese der sozialen Ungleichheit und der Umweltfrage. Sie postuliert, dass gesellschaftlich marginalisierte auch wenig Zugang zu natürlichen Ressourcen hätten, weshalb das Soziale, Wirtschaftliche und Ökologische zusammen gedacht werden müsse.

Dr. T. Fatheur bekräftigt diese Sichtweise auch für das Konzept der Green Economy, wobei dort davon ausgegangen wird, dass Ziele wie soziales Gleichgewicht nur *mit* wirtschaftlicher Aktivität erreicht werden können. Es wären die Unternehmen, die dann ein neues Umfeld für die Bevölkerung schaffen würden. Als Beispiel nennt er den Sektor für erneuerbare Energien: Unternehmen werden bspw. Windparks bauen und so Arbeitsplätze schaffen. Die „green jobs“ führten zu einer win-win Situation zwischen Gesellschaft und Unternehmen.

Letícia Tura weist darauf hin, dass das Konzept der Umweltgerechtigkeit keineswegs eine Gegenposition zur Wirtschaftlichkeit darstelle, sondern dass lediglich auch anderen Akteuren und Wirtschaftsformen, wie der *Solidarökonomie*, eine Schlüsselbedeutung zukämen. Wirtschaft dürfe nicht zum Organisator einer Gesellschaft werden. Die Referentin glaubt nicht daran, dass Green Economy ein wirtschaftliches Umdenken darstelle und tiefgreifende, gesellschaftliche Änderungen hervorrufen wird. Sie bilanziert, dass dem Wachstum alleine schon aus Mangel an natürlichen Ressourcen Grenzen gesetzt seien.

Dr. T. Fatheur hält dagegen, dass wir auch jetzt schon genug Nahrungsmittel hätten, um 7 Mrd. Menschen zu ernähren, obwohl sich das zu früheren Zeiten niemand vorstellen konnte. Natürliche Grenzen seien also flexibler als bisher angenommen. Die zentrale Frage für Dr. T. Fatheur ist viel mehr die nach dem Stopp der Umweltzerstörung. Für ihn ist klar, dass sich die Frage um das „wie“ bei der Nutzung der Natur dreht, das heißt, es muss einen geregelten Zugang zur Natur geben und das funktioniere nun mal am besten über Marktmechanismen.

Um demnächst 9 Mrd. Menschen ernähren zu können, brauche es neue Technologien und das Vertrauen in Großunternehmen, wobei Letícia Tura auch die Bedeutung lokaler und regionaler Wirtschaftsräume, unabhängig von Großunternehmen, betont.

Dr. T. Fatheur bemängelt an der Konzentration auf lokale und regionale Wirtschaftsräume, dass damit gleichzeitig neuen „global playern“ wie China und Indien, aber auch Brasilien, das Recht auf Entwicklung praktisch abgesprochen werde, obwohl gerade diese Volkswirtschaften einen gleichwertigen Zugang zum Markt fordern. Die Herausforderungen seien also groß: Emissionen müssten gesenkt, der Klimawandel bekämpft werden und neue große Volkswirtschaften müssten ein Recht auf Wachstum haben.

Letícia Tura gibt zu bedenken, dass es ein Fehler sei, soziale Unterschiede innerhalb dieser neuen Volkswirtschaften aus dem Blick zu verlieren, und dass Grundbedürfnisse immer noch nicht für alle befriedigt werden könnten. Immer noch gäbe es keinen gleichen Zugang zum Gesellschaftssystem für alle, einige müssten überhaupt erst mal in die öffentliche Daseinsvorsorge aufgenommen werden. Wachstum allein sei da keine Lösung.

Die Moderatorin bedankt sich bei den DiskussionsteilnehmerInnen und schließt das Streitgespräch.